

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

25.1.1865 (No. 21)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 25. Januar.

N. 21.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Telegramme.

† Berlin, 24. Jan. Abgeordnetenhause. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Ministerbank anwesend v. Bodelschwing, v. Mühlner, v. Selchow und Graf Eulenburg. Der Präsident verliest ein Ministerialschreiben, worin der Beschluß bezüglich der Einberufung v. Sauten's ungegültig und die Befugnisse des Hauses überschreitend erklärt, und beigefügt wird, das Ministerium habe eine Neuwahl für Lettau angeordnet. Zugleich ist ein Schreiben Sauten's eingelaufen, worin derselbe die Wahl ablehnt. Grabow: Sauten's Ablehnung mache das Ministerialschreiben gegenstandslos. Hoyerbeck verzieht auf einen Antrag, weil er glaubt, daß andere Konflikte noch zu schlichten sein werden.

Ein Antrag auf Vertagung der Adresse wegen Erkrankung Reichensperger's wird abgelehnt. Zweiten erstattet Bericht. Die Minoritätsanträge auf Adressen sei nach der Geschäftsordnung nicht zu befürworten. Adressen seien jedoch erfahrungsgemäß erfolglos und erbitternd. Der Abrechenwurf Reichensperger's sei teilweise der Majorität entsprechend: die auswärtigen Errungen Erfolge hätten die Stellung des Hauses zur Regierung nicht verändert, die Ausgleichung sei wünschenswert, jedoch hoffnungslos, da die Regierung die Anerkennung der unmodifizierten Armeeform verlangt. Das Militärbudget sei seit 1863 fast um 3 Millionen erhöht; die früheren Versuche der Regierung zur Verständigung verlangten den Verzicht auf das Grundrecht der Geldbewilligung. Gegen Wagener's Entwurf betont Zweiten: Absolutistische Prärogative seien mit der Verfassung und Volksfreiheit unverträglich und trennen die Krone und Volk. Dagegen sei die Majorität darin einstimmig einig, daß eine Adresse unnötig sei.

Nach kurzen Bemerkungen von Schulz-Borken und Ernsthausen wird die Diskussion geschlossen. Ofterath als Antragsteller: Die Thronrede sei verhältnißlich, und der vom Berichterstatter vorgeschlagene Weg führe keine Verständigung herbei. Ihm seien aus allen Landestheilen zum Glück Worte gekommen, auch im Hause habe er vielfach Einverständnis mit seiner Adresse gehört. Wagener: Das Haus dürfe die gebotene Hand des Königs nicht zurückweisen; das Haus wolle bänische Zustände und ergänze die Verfassungslücke durch das falsch verstandene Staatsrecht anderer Länder.

Schließlich wird der Abrechenwurf Reichensperger's, 275 gegen 44 Stimmen, abgelehnt; ebenso der Wagener's ohne namentliche Abstimmung.

Hamburg, 23. Jan. Die „Norddeutsche Bank“ eröffnete heute Girokonten in preussischen Kurantthalern. Die Einzahlungen und Auszahlungen geschehen in  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$  Thalern und preussischen Banknoten zum Nominalwerth nach dem Belieben der Einzahler, bei Auszahlungen nach dem Belieben der Bank. Die „Norddeutsche Bank“ gibt vom 26. Jan. ab Solawechsel in Abschnitten von 10 und 25 Thalern aus, die von der Bankkassa bei Vorzeigung baar eingelöst werden.

Wien, 24. Jan. (W. L. B.) In der gestrigen Abend-sitzung des Finanzausschusses wurde eine Zuschrift des Staatsministers an das Präsidium des Unterhauses, Bruns' Antrag betreffend, verlesen. Es heißt darin: Die Regierung erblicke in dem Beschluß des Ausschusses den Wunsch nach einer Feststellung der Erfordernisse auf anderem als bisherigem Wege, namentlich um zu dem Zweck zu gelangen, so

weit möglich das Gleichgewicht herzustellen. Darin begegneten sich die Ansichten des Ausschusses mit denen der Regierung; es werde sich nur um die Wahl des richtigen Weges zur Verständigung handeln. Für die Regierung sei es erste Pflicht, die für die Sicherheit des Staates und das Staatswohl nöthigen Mittel zu beanspruchen; diese unüberwindbare Grenze müsse die Würdigung der Nothwendigkeit, Verfügungen über den Gelbaufwand zu treffen, festgehalten werden. Um beurtheilen zu können, ob auf dem vorgeschlagenen Weg ein dem von der Volksvertretung begehren Wunsch wie dem Standpunkt der Regierung entsprechendes Resultat zu erzielen sei, handle es sich um die Tragweite des zu fassenden Beschlusses, daher um Beantwortung mehrerer Vortragen, deren Lösung jedenfalls vorausgehen müßte, bevor die Regierung die Erreichbarkeit einer Einigung beurtheilen könne. Der Ausschuss hält am Dienstag Vormittag Sitzung, wozu ein Vertreter der Regierung eingeladen ist.

Turin, 24. Jan. (W. L. B.) In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde über die September-Ereignisse verhandelt. Ricafoli spricht für Einigkeit. Das Urtheil über die September-Vorfälle sei der öffentlichen Meinung und der Geschichte anheim zu stellen. Italien wolle keine Zänkereien, sondern Reformen der Gesetzgebung. Er stellt einen Antrag in diesem Sinne, welchen Nordini, Crispi, Brofferio bekämpften, die Regierung unterstützte, und die Kammer schließlich mit 140 gegen 67 Stimmen annimmt.

## Deutschland.

Darmstadt, 22. Jan. Die „Darmst. Ztg.“ sagt: Bei Abschluß der Verträge über die Erneuerung des Zollvereins im verflochtenen Jahr war vorbehalten worden, daß nach Ratifikation dieser Verträge und nach Beendigung der mit Oesterreich und Frankreich zu pflegenden Verhandlungen ein umfassender neuer Zollvereinigungs-Vertrag abgeschlossen werden solle. Nachdem die Verhandlungen mit Frankreich beendet, diejenigen mit Oesterreich ihrem Abschluß nahe sind, hat die preussische Regierung vor einigen Tagen den übrigen Zollvereins-Regierungen einen Entwurf zu jenem neuen Zollvereinigungs-Vertrag mitgeteilt, welcher bei dem demnächstigen Wiederzusammentritt der Zollvereins-Bevollmächtigten als Grundlage der Berathung dienen soll. Dieser Entwurf unterscheidet sich, was die Redaktion betrifft, von den bisherigen Zollvereins-Verträgen dadurch, daß die Separatartikel und zum Theil auch die Bestimmungen der Schlussprotokolle in den offenen Vertrag aufgenommen sind. Hierdurch wird die Uebersicht des Inhalts der Verträge, welcher bisher in drei verschiedene Dokumente — offener Vertrag, Separatartikel und Schlussprotokoll — vertheilt war, wesentlich erleichtert.

Der Großherzog ist in Nizza angekommen und hat die Kaiserin von Rußland in erwünschtem Wohlsein angetroffen.

Köln, 22. Jan. (Fr. Z.) Obgleich im Lauf der vorigen Woche das Domkapitel noch einmal wegen der Befegung des erzbischöflichen Stuhls eine Versammlung abgehalten hat, so glaubt man doch ziemlich allgemein, daß diese Angelegenheit allein zu Berlin und Rom zum Austrag gelangen werde. Analog unserer letzten Nachricht tritt die Kandidatur des Fürsten von Hohenlohe wieder mehr in den Vordergrund.

Schwerin, 19. Jan. (Hamb. Nachr.) Der belgische Konsul zu Rostock veröffentlicht heute auftragsmäßig folgende,

im „Moniteur belge“ vom 31. Dez. v. J. enthaltene amtliche Anzeige:

Da das Großherzogthum Mecklenburg dem allgemeinen Vertrag wegen Ablösung des Schmelzoll's nicht beigetreten ist, so sind die Schiffe dieses Landes allein einer Ertraabgabe von 5 Franken per Tonne, zahlbar bei jedesmaligen Einlaufen in die belgischen Häfen, unterworfen. Die belgische Regierung ist entschlossen, alle ihr zu Gebot stehenden Maßregeln zu ergreifen, um die Täuschungen zu vereiteln, welche zur Umgehung dieser Ertraabgabe versucht werden möchten.

Der von Mecklenburg verlangte Antheil an der Ablösung des Schmelzoll's belief sich auf 1,036,000 Fr., eine Summe, welche die große Bedeutung des bisherigen Verkehrs unserer Schiffe mit belgischen Häfen und die Größe des denselben jetzt widerfahrnden Verlustes beweist. Durch das ihnen auferlegte Tonnengeld sind sie von der Konkurrenz bei der Fracht-Schiffahrt von und nach belgischen Häfen jetzt so gut wie ausgeschlossen und müssen noch obendrein die Warnung gegen etwaige Versuche einer Täuschung sich gefallen lassen. Die Regierung widmete dieser Angelegenheit allerdings während der Verhandlungen über den Vertrag insoweit ihre Aufmerksamkeit, als sie den Versuch machte, die beiden mecklenburgischen Seestädte und deren Rhedereien zur Aufbringung der Ablösungssumme zu bestimmen. Da aber ein solches Opfer unmöglich von diesen verlangt werden konnte, auch in keinem andern Lande dergleichen Leistungen einzelnen Städten und Schiffsbesitzern zugemuthet werden, überdies in der Sundzoll-Angelegenheit ein anfänglich gemachter Versuch gleicher Art später wieder aufgegeben und die Ablösungssumme aus allgemeinen Landesmitteln bestritten wurde, so war vorauszu sehen, daß die Seestädte und deren Rheder auf den Vorschlag nicht eingehen würden. Nach einer im Juli 1863 von „Nordd. Kor.“ veröffentlichten offiziellen Mittheilung sollten damals die Verhandlungen wegen des Beitritts Mecklenburgs zum Vertrag noch fortbauern. Seitdem aber hörte man nichts weiter von der Sache, und sie ist weder auf dem Landtag, noch in anderer Weise wieder angeregt worden.

Jeghe, 21. Jan. (Nat.-Ztg.) In Veranlassung der zur Sprache gebrachten Keler Adresse erklärte der hiesige Schleswig-holsteinische Verein in seiner heutigen Sitzung:

Wir verweisen, wie wir das schon in unserer Sitzung vom 30. Okt. v. J. gethan haben, den Standpunkt der Keler Adresse, welche vom Land gerichtet ist. Freu unserm Herzog, dem wir gehuligt, halten wir fest an dem längst von uns eingenommenen Standpunkt einer dauernden Verbindung mit Preußen als dem Vertreter der deutsch-nationalen Interessen, bezüglich der militärischen, maritimen und kommerziellen Beziehungen im Weg des Vertrags.

Ein Aufsatz in den „Jegh. Nachr.“ wendet sich gegen den partikularistischen Terrorismus, der jetzt nur noch diejenigen als gute Patrioten gelten lassen will, die den Anschluß an Preußen verwerfen oder mindestens schweigend über diese Frage hinweggehen. Es heißt da zuletzt:

Das Wort und Gebot: Einigkeit, ehren wir; wir stehen treu zum Herzog und zum Landrecht; wir fügen uns der entscheidenden Stimme des Herzogs und der Landesvertretung. Von anderer patriotischer Seite ist es aber nicht nöthig und ungerecht, diejenigen in Acht und Bann zu thun, die eine abweichende Ansicht hatten, vertreten und vertreten, als bloß zu sagen: „der Herzog und unser Recht“.

Karlsruhe, 15. Jan. (Wintervorlesung. Schluß.) Die geringe Entwicklung, welche die Land- und Volkswirtschaft bei den Juden erreicht hatte, kann schon daraus ersehen werden, daß nach dem mosaischen Gesetz alle Felder je das siebente Jahr brach liegen, mithin gewissermaßen ihr Ansehn haben mußten, und daß alle 49 Jahre aller Grundbesitz neu vertheilt werden sollte. Die Absicht des Gesetzgebers war ohne Zweifel, daß alle Juden in Betreff des Besitzes einander gleich sein, und daß es unter diesen Brüdern keine Armen und Reichen geben sollte; so ansprechend aber ein solcher paradiesischer Zustand wäre, so steht er doch mit der nun einmal faktisch vorhandenen Natur des Menschen in völligen Widerspruch und läßt die Triebfedern, welche denselben so häufig zur Thätigkeit antreiben, gänzlich außer Acht. Es ist sogar unwahrscheinlich, daß die von Moses vorgeschriebene neue Gütertheilung im sog. Jubeljahr auch nur ein einziges Mal wirklich stattgefunden hat.

Auch die Verkehrsverhältnisse finden in der mosaischen Gesetzgebung sehr wenig Berücksichtigung. Den Verkehr mit dem Ausland suchte Moses zu verhindern, um der Gefahr des Rückfalls zur Vielgötterei vorzubeugen; aber auch in Betreff des innern Verkehrs lassen sich die jüdischen Verhältnisse nicht mit denen von andern gleichzeitigen Völkern, namentlich nicht mit denen der Indier vergleichen.

Der gesammte jüdische Staat beruhte auf der theokratischen Idee. Des Landes König war Jehovah; er regierte Alles, er war in Allem der Richter; aber die Menschen mit ihren Leidenschaften und Schwächen handelten als seine Stellvertreter. Daß der wirklich: Wille Gottes auch richtig erkannt werde, dafür war in keiner Weise gesorgt, und war man einmal so ruhig und anspruchslos, daß man an der eigenen Weisheit zweifelte, so nahm man zuweilen sogar seine Zuflucht zu der Entscheidung durch's Loos. Da diese Verhältnisse als Anordnungen Jehovah's betrachtet wurden, so gab es kein Mittel, Aenderungen daran vorzunehmen, auch wenn sich die Dinge noch so sehr umgestaltet hatten. Daher ist denn auch die Geschichte des jüdischen Staats eine sehr un-

glückliche; nur ausnahmsweise traten befriedigende Zustände ein. In den 200 Jahren, welche auf die Eroberung von Palästina folgten, zeigten sich zwar hier und da einzelne unternehmende Bauern oder kühne Hirten, aber das Volk als solches bringt es zu keiner politischen Einheit. Die Folge davon war, daß die Juden fortwährend von ihren Nachbarn angefeindet und unterdrückt wurden. Sie suchten sich zu ermannen und verlangten einen König, und damit beginnt nun das Jahrhundert ihrer Größe. Saul befreit sein Volk. David setzt das Werk desselben fort, ordnet den Staat, gründet in der Hauptstadt Jerusalem einen staatlichen Mittelpunkt und weis das jüdische Volk zu politischem Ansehen zu bringen. Auch Salomo regiert in ähnlichem Sinne; er erbaudet den Tempel und gibt dadurch der Nation einen äußerlichen religiösen Mittelpunkt. Er eröffnet den Verkehr mit den Phöniciern, erschließt selbst die Theilnahme am Welthandel und sucht sein Volk für Kunst und Wissenschaft empfänglich zu machen; aber dies Alles hat den heftigsten Widerstand der Priester zu überwinden und wird fortwährend von denselben angefeindet. Selbst die Einführung des Königthums war unter dem Widerstreben der Priester erfolgt, und als die Könige den Thron bestiegen hatten, wurde ihr Ansehen noch fortwährend durch dieselben untergraben, und jede, nicht von ihnen gebilligte Staatseinrichtung als ein Abfall von Gott gebadmarkt.

Unter solchen zersetzenden Einflüssen ist eine gedeihliche Entwicklung des Staats geradezu unmöglich; die Juden haben es nie zu einer politischen Volkseibildung, nie zu einem auch nur in bescheidener Freiheit sich entfaltenden Staatsleben gebracht. So sehr wir dem Mosesismus in der Geschichte als Träger einer religiösen Idee seine weltgeschichtliche Berechtigung einräumen, und so wenig wir ihm auf diesem Gebiet unsere Ehrfurcht versagen können, so wenig kann er uns in wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Beziehungen ein Muster sein.

Schiller's auf Orefenstern ob Donnland in Franken wohnende edle Tochter, zur Zeit wie das jüngste, so auch das einzige noch überlebende seiner Kinder, ist seit lange mit rührender Pietät für das Andenken ihres großen Vaters bemüht. Ihre neueste Gabe aus dem Familienarchiv ist Schiller's Kalender vom 18. Juli 1795 bis 1805, eine Druckschrift, von welcher die Herausgeberin im Vorwort sagt: „Nicht ohne Interesse werden viele Freunde Schiller's die Veröffentlichung seiner Kalender begrüßen, welche er eigenhändig vom 18. Juli 1795 bis zum 29. April 1805, zehn Tage vor seinem Tode, führte, und sich in ihnen so mancher Bemerkungen, wie der Ordnung und Pünktlichkeit erfreuen, womit der Dichter sich auch seinen häuslichen Angelegenheiten widmete.“ Wenn Einer, so war Schiller der Mann, welcher, wenn er anders in seinem „Künstlers Erdenvollen“ über einen solchen Lurusgegenstand verfußt hätte, das bekannte Wort zu Schwanden gemacht haben würde: daß es keinen großen Mann gibt für einen Kammerdiener. So lesen wir denn (S. 164) nicht ohne lächelnde Verwunderung ein Verzeichniß der statlichen Garderobe unseres Dichters, die den Beweis liefert, daß er damals in Weimar über dem innern Reichen den äußern keineswegs verachtete, wie ihm das vor Zeiten ein Kamerad in der Karlschule schmeichelnd Weise nachgesagt hatte. 33 bunte Schnupftücher, 37 Hemden, 7 Paar seidene Strümpfe, 13 Röcke, 15 Paar Hosen (darunter sogar Leberne) u. s. w., das wäre selbst für einen Gentleman, der niemals einen Vers gemacht hat, noch einen machen kann, eine sehr aussehende Wat. Da Schiller in jener Zeit manchmal spazieren ritt, können in dem Katalog auch ein Paar Sporen. Was wie unserm Liebling fern von Herzen gänzen, so daß wir noch im Geist mit ihm anklagen möchten, ist, daß sein Flaschenkelner nicht des edeln und unterschiedlichen Lebensstils ermangelte, sowie auch nicht der „Tropfen des Oel's“ zum Punsch. Sogar einige Foglietten goldgelber Falerners (S. 163) waren von einem Freunde vererbt, und höfentlich wird er besser gewesen sein, als was man heutzutage in Italien auf dem alten Ager Falernus als Horazisches Naß verzapft. Das Theater besuchte er oft und alle Stände sind angemerkt. Angehängt ist ein Facsimile von Schiller's Handschrift in seinen letzten Tagen, und wohnmüthigen Eindruck macht's, daß er zweimal vorzulesende Noten über Monate und Jahre nieder schrieb, die er nicht mehr erleben sollte. (Köln. Ztg.)

**Berlin, 21. Jan.** Die „Nordb. Allg. Ztg.“, das ministerielle Organ, nimmt heute aus den verschiedenen Motiven und Zwecken, welche man der Reise des Prinzen Friedrich Karl nach Wien unterlegt hat, Veranlassung, wiederholt zu versichern, daß diese Reise „einzig durch die Forderung militärischer Courtoisie“ ihre Erklärung findet, und fährt dann fort:

Was aber die Stellung Preußens zu der Zukunft der Herzogthümer betrifft, so ist denn doch wohl genugsam erörtert worden, daß Preußens politische und territoriale Lage an den Küsten der Siderstellung seiner militärischen und maritimen Interessen bedarf. In dieser Forderung sind alle Parteien in Preußen einig, sie ist kein Geheimniß, und das Streben nach Erfüllung derselben ist kein „Großmachtsheißel“, wie Hr. Schulze sich auszudrücken für gut fand, sondern die Pflicht einer jeden Regierung, welche von dem Streben erfüllt ist, für das Wohl und die Zukunft des Staates zu sorgen. Wenn man auch vielleicht in Süddeutschland keine Vorstellung von den ungeheuren Verlusten hat, welche dem preussischen Handel auf seiner langgestreckten Küste durch Friedensstörungen im europäischen Norden erwachsen, so weiß dies in Preußen doch Jedermann, der nicht durch Parteilichkeit verblendet ist. Und diejenige Regierung in Berlin, welche es vernachlässigen wollte, bei der gegenwärtigen politischen Konstellation, zu welcher uns der Austrag der schleswig-holsteinischen Frage geführt hat, die Zukunft jenes so bedeutsamen, intelligenten und betriebsamen Theils der preussischen Bevölkerung möglichst günstig zu gestalten, — eine solche Regierung, sagen wir, würde sich tief gegen die Interessen des Landes verführen. Hierzu ist nun zunächst erforderlich, daß die Rechtsfrage nach dem künftigen Besitz der Elbe-herzogthümer zur Erledigung gekommen sei. Dazu gehört aber Zeit, denn die Behauptung, daß nur der Herzog von Augustenburg der allein berechtigte künftige Souverän Schleswig-Holsteins sein könne, ist eben nur eine Behauptung. Der Beweis dafür ist noch nicht geführt. Die obenburgischen Ansprüche bestreiten bekanntlich dem Augustenburger Haus jedes Recht. Das Gleiche thun alle diejenigen Staaten, welche, wie England, Frankreich, Rußland, Schweden u. d. Londoner Vertrag nur als eine Konsequenz des Wiener Friedens aufgegeben haben. Und weder Oesterreich noch Preußen haben jemals daran gedacht, einen Erbfolge-Krieg zu führen. Beide Großstaaten sind vielmehr nur für die Rechte und Interessen Deutschlands eingetreten, als sie ihre Armeen an die Sider schickten, und ebenjowohl durch ihre diplomatischen als durch ihre militärischen Erfolge sind sie jetzt die einzig berechtigten Besitzer der Herzogthümer geworden.

**Berlin, 22. Jan.** (Fr. Z.) Der Antrag, den die vom Präsidenten des Hauses der Abgeordneten zu Referenten, bezw. Korreferenten über die Anträge des Abg. Reichenperger und Genossen und der Abgg. Wagener (Neustettin), v. Gottberg und Hahn und Genossen auf Erlass einer Antwortsadresse an den König ernannten Abgg. Eweßen und Ahmann, in der übermorgen stattfindenden Schlussberatung stellen werden, lautet: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Anträge der Abgg. Reichenperger und Genossen und Wagener (Neustettin) und Genossen abzulehnen.“ Die Abregverhandlungen im Herrenhaus finden ebenfalls am Dienstag statt.

Aus dem Gesetzentwurf, betreffend die Berechnung der Steuer für die Bereitung von Zucker aus getrockneten Rüben, ist als von allgemeinerem Interesse Folgendes zu entnehmen. In der Uebereinkunft der Zollvereins-Regierung vom 25. April 1861 war bestimmt, daß bei der Erhebung der betreffenden Steuer auf jeden Zentner getrockneter Rüben fünf Zentner rohe Rüben gerechnet werden sollten. Die Annahme dieses Verhältnisses sollte jedoch nur eine vorläufige sein, und es blieben nähere Ermittlungen über die endgültige Festsetzung des betreffenden Verhältnisses, und zwar für die Betriebszeit vom 1. Sept. 1862 ab, vorbehalten. Diese weiteren Ermittlungen, welchen die Betriebsergebnisse der Rübenzucker-Fabrik zu Waghäusel in Baden zum Grunde liegen, haben nun die in dem jetzt vorliegenden Gesetzentwurf enthaltene Modifikation als notwendig erscheinen lassen. Die Wirkung dieser Modifikation tritt aber nicht erst für jetzt, sondern, der früheren Verabredung gemäß, bereits für die Betriebszeit vom 1. Sept. 1862 ab ein, und es hat also insofern die getroffene Aenderung rückwirkende Bedeutung.

**Berlin, 23. Jan.** Die „Köln. Ztg.“ läßt sich telegraphiren: Die preussische Beantwortung der österreichischen Depesche vom 21. Dez. ist auch für die nächste Zeit unwahrscheinlich. Die Mittelstaaten sollen vergebliche Anstrengungen in Wien und Berlin machen, um die baldmögliche Errichtung eines souveränen Schleswig-Holsteins zu erwirken. Die Nachricht eines bevorstehenden österreichisch-preussischen Schutz- und Trugbündnisses bleibt sehr problematisch.

**Berlin, 23. Jan.** Mehrere Blätter haben in letzter Zeit das Gerücht verbreitet, durch die päpstliche Encyclica sei eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich herbeigeführt worden. Sogar von einem gemeinsamen Auftreten beider Mächte gegen die Vorgehen der römischen Kurie ist die Rede. Dem gegenüber wird aus St. Petersburg geschrieben: Solche Gemeinschaft liege in keiner Weise vor. Auch würden dazu keine Anknüpfungspunkte gesucht. Rußland sei fern von dem Gedanken, sein Verhalten in dieser Angelegenheit von demjenigen eines andern Staates abhängig zu machen. Es wahre die Selbstständigkeit seiner Politik in der italienischen und der römischen, wie in der dänischen und der schleswig-holsteinischen Frage. Auf die Encyclica habe Rußland schon in seiner Weise durch Thaten geantwortet. Wenn dabei das Konkordat von 1847 noch fortbestehe, so erkläre sich dies hauptsächlich aus dem Umstand, daß durch das Konkordat die Ergreifung der Maßnahmen nicht gehindert werde, welche zur Wiederherstellung und Befestigung der öffentlichen Ordnung in Polen notwendig seien.

Die noch immer umlaufenden Gerüchte von einer angeblich verabredeten alsbaldigen Zusammenkunft des Hrn. v. Bismarck mit dem Grafen Wenckersdorf werden hier wiederholt als völlig grundlos bezeichnet. In Betreff der Herzogthümerfrage sollen neuerdings zwischen Oesterreich und Preußen wieder lebhaftere Verhandlungen im Gange sein. — Mit Unrecht werden von mehreren Seiten der Reise Sr.

Königl. Hoheit des Prinzen Friedrich Karl nach Wien fortbauend politische Zwecke beigegeben. Wie gut orientirte Personen mit größter Bestimmtheit versichern, hat der Prinz durchaus keine auf die schwebenden Fragen bezüglich speziellen Aufträge nach der österreichischen Hauptstadt mitgenommen. Dagegen soll durch dessen Anwesenheit am Wiener Hof im Allgemeinen das Freundschaftsverhältnis zwischen Preußen und Oesterreich befestigt worden sein. — Heute Vormittag wurde vom Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Hrn. v. Seelow, die neue Sitzungsperiode des Landes-Deconomikollegiums eröffnet. — Heute Nachmittag um 3 Uhr trat das Staatsministerium zu einer Berathung zusammen. Dem Vernehmen nach wird die Staatsregierung die von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses beschlossene Einberufung des Hrn. v. Sauter-Julienfeld für verfassungswidrig erklären. Dieser Protest der Regierung soll sich namentlich darauf stützen, daß der betreffende Beschluß des Abgeordnetenhauses einen Uebergang in das Präsentationsrecht der Wählerschaft enthalte. (S. Teleg.)

**Elbing, 20. Jan.** Unsere Stadtverordneten haben einen Antrag ihres Vorsitzers, des früheren Oberbürgermeisters Phillips, dahin gehend, den Magistrat zu ersuchen, gemeinschaftlich mit der Versammlung eine Petition an das Abgeordnetenhause auf Aufhebung des Bestätigungsrechtes der Regierung, in Betreff der Magistratsmitglieder, zu richten, genehmigt und eine Kommission zur diesfälligen Berathung gewählt.

**Thorn, 17. Jan.** (Bromb. Ztg.) Unsere Stadt wird jetzt an jedem Abend mit eintretender Dunkelheit von Patrouillen durchzogen. Veranlassung zu dieser Maßregel hat ein Todtschlag gegeben, der vor etwa acht Tagen von einem Arbeitmann an einem Soldaten begangen wurde. Der Todtschläger befand sich im Kriminalgefängniß. Durch die Aushebung der Patrouillen wird beabsichtigt, der Wiederholung solcher gefährlichen Streitigkeiten vorzubeugen.

**Wien, 20. Jan.** Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Die Haltung, welche Hr. v. Plener in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingenommen hat, hat in Abgeordnetenkreisen eine lebhaftere Aufregung erzeugt, welche in einem am nächsten Montag zu stellenden Antrag zum Ausdruck kommen wird. Die Motion selbst, von dem Abg. Dr. Gistka ausgehend, wird die Niederlegung eines aus neun Mitgliedern bestehenden Ausschusses zum Zweck der Berathung über die, die verfassungsmäßigen Prärogative des Reichsraths in Frage stellenden Aeußerungen des Finanzministers beantragen; die erforderliche Unterstützung hat der Antrag von vornherein gefunden, denn außer den zwölf gestern versammelten gewesenen Abgeordneten (Gistka, Herbs, Winterstein, Schindler, Skene, Brinz, Kaiserfeld, Brestl, Hann, Wohlwend, v. d. Straß, Ingram) hat heute bereits eine Reihe von Abgeordneten nach Schluß der verschiedenen Ausschüßsitzungen den Antrag unterzeichnet, unter Andern auch die Abgg. Graf Brinz, Frhr. v. Niese-Stallburg u. s. w. Vielen erscheint bei der selbst im Schoß der regierungsfreundlichen Partei herrschenden Erregung die Annahme des Antrages bereits gesichert. — Der von Dr. Gistka und Genossen eingebrachte Antrag lautet:

Der Finanzminister hat in der Sitzung vom 19. Jan. d. J. folgende Erklärung abgegeben: (folgt wörtlich die bekannte, Aufsehen erregende Aeußerung des Hrn. v. Plener.) Die Wichtigkeit dieser Erklärung für die verfassungsmäßigen Rechte der Reichsvertretung veranlaßt die Unterzeichneten zu dem Antrag: Das hohe Haus wolle beschließen: 1) Es werde ein Ausschuß gewählt zur Erwägung, Berichterstattung und eventuellen Stellung von Anträgen über die obige Erklärung. 2) Dieser Ausschuß sei aus neun Mitgliedern zusammenzusetzen und aus dem ganzen Hause zu wählen.

**Wien, 21. Jan.** Man schreibt dem „Fr. Journ.“: Von allen Seiten wird übereinstimmend versichert, daß durch den Besuch des Prinzen Friedrich Karl die Sachlage in Bezug auf die beiderseitige Stellung der deutschen Großmächte in der Herzogthümerfrage auch nicht im mindesten alterirt worden sei. Es ist dies um so glaubwürdiger, als uns die Thatsache verbürgt wird, daß Prinz Friedrich Karl während der ganzen Dauer seiner Anwesenheit es sorgfältig in allen seinen Aeußerungen vermieden hat, die Angelegenheiten der Herzogthümer von einem andern als rein militärischen Gesichtspunkt aus zu berühren. Dagegen hat der Prinz nicht nur in seinen Unterredungen mit dem Kaiser, sondern auch bei den öfteren Berührungen mit den diesseitigen höheren militärischen Kreisen es nicht verabsäumt, die großen Vorteile, welche ein festes Zusammenstehen Oesterreichs und Preußens in militärischer Beziehung beiden Theilen nicht nur in der jüngsten Vergangenheit gebracht habe, sondern auch in der Zukunft noch mehr bieten müßte, wiederholt scharf zu betonen. Wenn man sich einerseits erzählt, daß Prinz Friedrich Karl Anlaß genommen habe, dem Kaiser in Gegenwart des Feldmarschalls Baron Heß und des Generaladjutanten Grafen Trenneville seine Ansichten sogar bis in ein gewisses Detail darüber zu entwickeln, welche militärische Aufgabe und Rolle Preußen für die Eventualität einer neuen Bedrohung der Integrität des Kaiserstaats zufallen müsse und werde, so können wir andererseits die Thatsache verbürgen, daß der preussische Prinz beim Empfang der österreichischen Generalität in corpore an letztere eine Ansprache hielt, welche darauf angelegt schien, in diesen höheren Kreisen der österreichischen Armee nicht nur Profeyten für die österreichisch-preussische Allianz zu machen, sondern für die Idee einer künftigen gemeinsamen Kriegesaktion eine etwas vorzeitige Begeisterung zu erwecken. Das Resultat von Alledem ist aber, daß man viel schöne Worte gewechselt, viel von künftigen schönen Aussichten gesprochen, und schließlich eben doch nichts Anderes als „Worte“ hinter sich gelassen hat. Wenn es dem preussischen Prinzen gegeben war, das Terrain hier gründlich sondiren zu können, so muß er die Ueberzeugung mit nach Berlin genommen haben, daß einerseits mit begeisterten Redensarten über die Zukunftsvorteile des Zusammenstehens der beiden deutschen Großmächte hier keine größere Empfänglichkeit für Preußens Bestrebungen in der Herzogthümerfrage zu erzielen sei, und andererseits

selbst sehr positive preussische Anerbietungen nur sehr schwer den Standpunkt Oesterreichs in der schwebenden Frage des Tags im Sinne der preussischen Politik zu alteriren im Stande sein dürften. Wir hören, daß Kaiser Franz Joseph seit dem Besuch des Prinzen Friedrich Karl in seinen enthusiastischen Anschauungen und Hoffnungen bezüglich der preussischen Allianz etwas kühler geworden sein soll. In diplomatischen Kreisen verläutet, daß zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin bezüglich der einstweiligen Verfügung mit den Ueberbüschen aus dem Einnahmebudget der Herzogthümer Verhandlungen obschweben. Man will hier, daß die fraglichen Ueberbüsche vorerst in einer Hamburger Bank deponirt werden.

**Wien, 22. Jan.** Hr. v. Hoch wird in der nächsten Woche aus Berlin hier erwartet, um nochmals mündlich über die bisherigen Resultate seiner handelspolitischen Mission Bericht zu erstatten und die darauf zu bauenden schließlichen Instruktionen, über deren Feststellung die vorläufigen Berathungen der Finanzministerien bereits begonnen haben, persönlich entgegenzunehmen. Er scheint Anfangs sehr große Schwierigkeiten gefunden zu haben, und es soll nur dem eben so energischen als beharrlichen Eintreten des wesentlich mit politischen Faktoren rechnenden Hrn. v. Bismarck, gegenüber den eben so entschieden festgehaltenen Ansichten der preussischen Fachmänner zu danken sein, wenn jetzt die Wahrscheinlichkeit nahe gerückt ist, daß ein Vertrag zu Stande kommt. Welches Inhalts — darüber kann ich zunächst nur das Wort eines den Dingen nahe stehenden Staatsmannes anführen, daß derselbe der Ausdruck alles dessen sei, was Hr. v. Hoch nach seinen persönlichen Ueberzeugungen erstrebt und erhofft habe. Sicher ist übrigens, allen anders lautenden Mittheilungen zum Trotz, daß an Verhandlungen mit Frankreich und mit England nicht eher gedacht wird, als bis man mit Preußen und dem Zollverein im Reinen ist.

**Wien, 23. Jan.** (W. K. Z.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte Gistka seinen Antrag, über die Aeußerung des Finanzministers v. Plener in der letzten Sitzung einen Ausschuß niederzusetzen, ein. — Heute ist eine Zuschrift des Staatsministeriums in Betreff des Brinkschen Antrags an das Präsidium des Abgeordnetenhauses gelangt. Derselbe soll zustimmend lauten.

**Wien, 23. Jan.** (Fr. P. Ztg.) Hofrath v. Sackenbacher, das österreichische Mitglied der Kommission für die Detailfestsetzung der finanziellen Friedensbestimmungen, reist morgen über Berlin nach Kopenhagen. — Die kroatische Banalkonferenz tritt am 4. Febr. zusammen.

**Triest, 17. Jan.** Der früher in Triest bei einem Advokaten beschäftigte Concipient Molinari hat den „Protest“ eines angeblich in Triest bestehenden „geheimen Komitees“ gegen die bekannte Aeußerung Lamarmora's, daß Deutschland die Stadt Triest, als zum deutschen Gebiete nothwendig gehörend, niemals an Italien ausliefern werde, dem Ministerpräsidenten in Turin überreicht. In der gestrigen Sitzung des Stadtrathes ergriff nun der Podesta, Dr. Porenta, das Wort und forderte die Versammlung zu der Erklärung auf, daß sie als einziges, die Stadt vertretendes Organ jener Protestation ganz fremd sei. Gegen eine solche, als dringlich beantragte Erklärung wurden aber Einwendungen erhoben. Hr. Costantini wünschte, daß der Antrag des Podesta nicht angenommen werde. Individuelle Ansichten könnten nicht als die Meinung des Stadtrathes betrachtet werden, und da der Protest nicht von der Vertretung der Stadt ausgegangen sei, so könne er auch nicht als eine Aeußerung derselben angesehen werden. Hr. Dr. de Rin machte die Inkompetenz der Versammlung geltend, die nicht über allgemeine politische Fragen, sondern über städtische Angelegenheiten zu berathen und zu beschließen habe. Der Stadtrath lehnte schließlich, nachdem noch unter Andern die Hh. v. Pagliaruzzi, Stalls und Dr. v. Scrinzi für den Antrag des Podesta gesprochen, die Beschlußfassung darüber im Wege der Dringlichkeit ab. Das ist die Thatsache. Der Eindruck, welchen die Debatte schon gestern hervorbrachte, war, wie die „Fr. Ztg.“ bemerkt, ein nicht gewöhnlicher. Es fiel auf, daß die Gegner des Antrages jedes nähere Eingehen in den Kern der Sache vermieden, daß sie jeder so nahe liegenden materiellen Aeußerung geflissentlich aus dem Wege gingen, und sich ausschließlich hinter die formelle Seite zurückzogen, ein Verfahren, das vor kurzem bei einem ähnlichen Anlaß im Wiener Stadtrath die gebührende Abweisung fand. Es war allerdings unnöthig, einen alternativen Beweis herzustellen, daß die Stadtrvertretung von Triest jenen berüchtigten-Protest nicht erlassen habe. Aber es ist etwas Anderes, ob der Stadtrath ein Schriftstück, das Namens der Stadt Triest von unbefugten Personen mit einer gewissen Orientierung dem ersten Minister des Königs von Italien eingehändigt wird, als unberechtigte und anmaßliche Kundgebung erklärt, oder ob er es vorzieht, sich hinter den Schild der Inkompetenz zu flüchten, und eine Aeußerung darüber, daß Andere sich als Vertreter von Anschauungen der Bewohner Triests bezeichnen, von sich abzulehnen. Die Wahl war hier eine ungemein einfache, und es mußte Jedem einleuchten, auf welche Seite er sich zu stellen habe. (Zwischen ist — wie der Telegraph meldet — von Wien aus die Auflösung des Stadtrathes erfolgt.)

#### Schweiz.

**Basel, 23. Jan.** Heute Morgen 8 Uhr ist Oberst Charas gestorben.

**Bern, 20. Jan.** (N. Zür. Ztg.) Die Regierung von Württemberg theilt dem Bundesrath mit, daß sie innerhalb des anberaumten Termins die Schwierigkeiten beseitigen zu können hoffe, welche sich ihrer Ratifikation des Senfer Vertrages (betr. die Kriegsverwundeten) bisher entgegenstellten.

**Bern, 22. Jan.** Marquis Carocciolo de Bela, der neue italienische Gesandte, hat dem Bundespräsidenten den Wunsch seiner Regierung ausgesprochen, daß die Unterhandlungen über den neuen Handelsvertrag mit Italien nicht hier in Bern, sondern in Turin fortgeführt werden

möchten, während die Verträge über den Schutz des literarischen und industriellen Eigentums und über die Auslieferung von Verbrechern in der ersten Stadt zum Abschluss gebracht werden sollen. Der Wunsch, Turin statt Bern für die Verhandlungen über den Handelsvertrag zu wählen, ward durch die Hoffnung, dort schneller zu ihrem Ziel zu gelangen, motiviert. — Am 18. d. M. haben die ehemaligen Sonderbunds-Kantone eine Schlusskonferenz abgehalten, um die noch mit Zug obwaltenden Anstände wegen der Sonderbunds-Kriegsschuld auf friedlichem Wege beizulegen. Dem getroffenen Uebereinkommen zufolge zahlt jetzt: Luzern 130,000, Freiburg 150,000, Uri 32,000, Schwyz 66,000, Obwalden 15,700, Nidwalden 4700, Zug 16,000, und Valais 20,000 Franken. — Die eidgen. Grenzschleife haben im Jahr 1864 eine Roheinnahme von 8,735,275 Fr. geliefert, — 194,791 Fr. mehr als im Jahr 1863. Gegenüber dem Voranschlag von 7,500,000 Fr. zeigen die Zolleinnahmen eine Mehreinnahme von 1,235,275 Fr.

### Frankreich.

**Paris, 23. Jan.** Heute füllen die Erklärungen der Bischöfe von Straßburg, Bamiers und Algier über das Verbot der Encyclica die Spalten der Pariser Blätter. Nächsten Sonntag wird auch der Erzbischof von Paris einen diese Angelegenheit und das Jubiläum betreffenden Hirtenbrief veröffentlichen. — Die den H. v. Broglie, Cochin und Genossen vom Unterrichtsminister bewilligte Erlaubnis zu öffentlichen Vorlesungen wurde zurückgezogen. — Der von der „Presse“ veröffentlichte preussisch-österreichische Depeschentwurf hat nicht nur die Kunde durch ganz Deutschland gemacht, er ist auch von dem „Moniteur“ wörtlich nachgedruckt worden. Diese Thatfache verdient im Hinblick auf den genauen Zusammenhang des offiziellen Blattes mit der Regierung einige Beachtung. — Die „Patrie“ glaubt zu wissen, daß das Budget für 1866 mit nächstem der kais. Druckerei geliefert werden kann, auch daß es in den ersten Tagen der bevorstehenden Kammeression auf den Bureaus des Gesetzgeb. Körpers aufgelegt werden wird. Die Budgetkommission könnte alsdann im zweiten Monat nach der Eröffnung des Gesetzgeb. Körpers vor sich gehen. — Die Gesandtschaft von Mabağaskar hat am 23. Dez. Tamatave verlassen, um sich nach Neu-York, Paris und London zu begeben. Es scheint sich zu bestätigen, daß diese Gesandten die nötigen Vollmachten mit sich führen, um Verträge mit Amerika, Frankreich und England abzuschließen und zu unterzeichnen. Sie werden, wie es heißt, ungefähr zwei Monate in den Vereinigten Staaten bleiben und erst gegen Ende April in Europa eintreffen. — Die (auch in dieses Blatt übergegangene) Nachricht der „Köln. Ztg.“ von dem Tode Dupin's hat sich nicht bestätigt; sein Zustand hat sich vielmehr gebessert.

Die Börse war außerordentlich flau und für die Käufer, welche bisher ausblieben, war die Kaufkraft entwichen. Rente fiel auf 66.90, Cred. Mob. auf 95.0. Besonders stark aber wurde ital. Anl. mitgenommen, sie fiel auf 64.96.

### Rußland und Polen.

**Von der polnischen Grenze, 21. Jan. (Fr. P.-Ztg.)** Im Königreich Polen macht sich seit einiger Zeit eine wesentliche Veränderung in der Verwaltung des Landes bemerkbar; der Aufstand wird nunmehr als völlig beendet angesehen und die Regierung ist zu festen Prinzipien in der Behandlung Polens gelangt. Die Hoffnung aller gemäßigten Polen, welche zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß von revolutionären Unternehmungen für Polen nichts mehr zu erwarten sei, daß Großfürst Konstantin doch noch zum Vizekönig eines ziemlich selbständigen Vasallenstaats ernannt werden würde, ist gänzlich geschwunden, seitdem der Großfürst Präsident des russischen Reichsraths geworden ist, und mit ihm ist die Aussicht, das Welopolski'sche Projekt zur Herstellung eines künftigen Polens mit nationalen Institutionen, ganz hinfällig geworden. Murawiew und Millutin, die in einem solchen Polen nur ein Seminar für künftig erneuerte Aufstandsbekämpfung erblickten, haben den Sieg in St. Petersburg davongetragen, und Berg hat sich ihren Ansichten unterordnen müssen. Seitdem steht das Russifizierungssystem, wenn man auch noch so langsam und vorsichtig damit vorgeht, obenan, und es unterliegt keinem Zweifel, daß alle bisherigen nationalen Stützen des Landes nach einander fallen werden. Wie die deutschen Bewohner der Ostsee-Provinzen durchweg loyal gestimmte Russen geworden sind, so will man auch aus den Polen nach und nach gute Russen machen. Man geht damit zur Zeit in doppelter Weise vor; einmal dadurch, daß man den hohen — noch allein reichen — Adel in die Hofkreise zieht und ihn dadurch Rußland ergeben zu machen sucht, und zweitens dadurch, daß man alle irgend verdächtigen jungen Männer, von denen man besorgt ist, sie mit den fortbauenden Untrieben der demokratischen Fraktionen der Emigration sympathisiren, aus dem Lande entfernt. So sind in den letzten 14 Tagen wieder zwei Transporte Gefangener, etwa 150 an der Zahl, nach dem Innern Rußlands abgeführt worden. Der eine Transport schien aus schwerer Gravrirten zu bestehen, da Mehrere gefesselt waren. Diejenigen verdächtigen Individuen, welchen man nichts Positives nachweisen kann, werden wohl der nächsten Konstriktion verfallen. Wenn übrigens auswärtige Blätter alle Deportirten nach Sibirien transportirt werden lassen, so ist das unrichtig, da nur die schwer Gravrirten dahin verbannt werden; die übrigen werden nach den östlichen Departementen des europäischen Rußlands geschickt, von wo die älteren Männer jetzt ziemlich zahlreich in die Heimath entlassen werden, wenn sie ihrem bisherigen Treiben entsagen und dem Kaiser den Eid unverbrüchlicher Treue leisten. Emigrirte der Emigration, die sich in's Land wagen, werden in der Regel bald von den Bauern denunzirt und dann ohne Weiteres nach dem Osten abgeführt. Aus den Städten Polens gehen jetzt zahlreiche Ergebnissadressen beim Grafen Berg ein, und diese Städte erfreuen sich auch bereits der besondern Fürsorge und Begünstigung der Regierung.

### Neueste Levantepost.

**Konstantinopel, 14. Jan.** Die telegraphische Verbindung zwischen Bagdad und dem Golf über Persien, sowie die

türkische Linie über Bussora ist vollendet. Die Reduzirung der türkischen Armee ist beschloffen.

**Athen, 14. Jan.** Bei dem gestrigen Neujahrsest brachte der österreichische Gesandte im Namen des diplomatischen Korps die Glückwünsche dar. Maurokordatos, ehemaliger Minister des Aeußern, wurde zum Präfecten in Korfu, Marinos in Zante ernannt. Der wegen einer aufrührerischen Leichenrede verhaftete Militärarzt Glarakis wurde freigesprochen. Oberst Stakos, Kommandant des zur Verfolgung der Räuber in Attika bestimmten Truppenkorps, ist gestern dahin abgegangen.

### Vermischte Nachrichten.

— Am letzten Samstag spielte Hr. Lange vom groß. Hoftheater in Karlsruhe in Freiburg als Gast den Harpagan in Moliere's „Geizigen“, und zwar, wie die dortigen Blätter berichten, mit ganz außerordentlichem Erfolg.

— Das literarische Centralblatt bringt folgende Erklärung: „Ein buchhändlerisches Jritular der Verlagshandlung Karl Gerold's Sohn in Wien nennt mich als den Uebersetzer der vom Kaiser Napoleon verfaßten Geschichte Julius Cäsar's. Diese Angabe ist ohne mein Wissen und Willen, und gegen die Wahrheit gemacht, wenn auch ohne Hrn. Gerold's Schuld. Ich habe nur die Revision der von anderer Hand gefertigten Uebersetzung übernommen. — Bonn, im Januar 1865. Friedrich Rietsch.“

— Die Krupp'sche Gußstahlfabrik zu Essen soll durch ein Puddel- und Walzwerk, enthaltend 112 Dampffessel, 16 Dampfhämmer, 80 Puddelöfen und 32 Schweißöfen, sowie durch zwei Hammerwerke nebst verschiedenen Wärmehöfen erweitert werden, von denen das eine zwei Hämmer zu 110 Ztr., 2 Hämmer zu 70 Ztr., 2 Hämmer zu 15 Ztr., das andere 1 Hammer zu 200 Ztr., 1 zu 150 Ztr., 1 zu 60 Ztr. und 3 Hämmer zu 30 Ztr. erhalten wird.

— Koburg, 20. Jan. (Leipz. Ztg.) Der hiesige Buchdruckermeister K. S. Stollberg war als nomineller Redakteur des von Balesrode herausgegebenen „Fortschritt“ wegen Beleidigung des Königs von Preußen angeklagt, jedoch vom Kreisgericht freigesprochen worden. Der Staatsanwalt hatte gegen dieses Urtheil appellirt, und das Appellationsgericht hat in heutiger Sitzung, nach Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils, den Angeklagten zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt. Vom Vertheidiger ist die Wichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

— Leipzig, 21. Jan. (D. A. Ztg.) Von den am 4. Dez. v. J. in Ghemisch verarmt gewesenen Vertretern verschiedener sächsischer Arbeiterbildungs-Bereine war die Errichtung einer Vereinigung sämtlicher Arbeitervereine Sachsens unter dem Namen „Sächsischer Gaueverband“ beschloffen worden. Das Ministerium des Innern hat indeß diesem Vorhaben, als den Bestimmungen des Vereinsgesetzes entgegenstehend, seine Genehmigung verweigert.

— Dresden, 21. Jan. (Dresden. Journ.) Sichem Benehmen nach wird am künigl. Hofe aus Anlaß der bevorstehenden Vermählung der Prinzessin Sophie mit dem Herzog Karl Theodor in Bayern am 2. Febr. Vermählungs- und Glückwunsch-Cour stattfinden und die Vermählung Sonnabend den 11. Febr. Abends, hier vollzogen werden.

— Verden, 18. Jan. Eine unter der hiesigen Theatergesellschaft befindliche Schauspielerei, Jrlm. Friedland, hatte diefer Tage das Unglück, eine Nadel, welche sie zur Befestigung eines Kleidungsstückes zwischen den Lippen hatte, gerade in dem Augenblick hinunterzuschlucken, als sie, durch ihr Stichwort gerufen, als „Mathilde“ in der „Zurücksetzung“ auf die Bühne treten mußte. Trotz der Angst, welche sich in Folge Dessen der jungen Schauspielerei bemächtigte, spielte sie dennoch mit voller Geistesgegenwart ihre Rolle durch, so daß das Publikum nichts von dem Unfall bemerkte. Erst später wurde Jrlm. Friedland von härterem Unwohlsein befallen. Obgleich der herbeigerufene Arzt die Nadel nicht wieder hervorholen konnte, so hofft er dennoch, die junge Künstlerin vom Tode zu retten.

— In der langen Liste der bei dem am 22. in Berlin stattgehabten Ordensfest-Decorirten begegnen wir auch zwei badischen Namen. Den künigl. Kronorden 3. Kl. erhielten Oberstleutnant Jhr. v. Westler, Kommandant von Reß, und der Stadtdirektor Schabale in Kaschau.

— Zürich, 22. Jan. In der Nacht zum 20. d. sind beim Dorf Pfäfers einige Zuharten Land in die Tiefe des Sees versunken, und es scheint, daß noch ein weiteres Stück Land nebst der darauf befindlichen Sennhütte nachfolgen dürfte. Ueber die Ursache ist man im Unklaren und vermuthet bloß, daß das Ereigniß vielleicht durch eine Erderstüttung oder durch den niedrigen Wasserstand herbeigeführt worden sein könnte.

— Die Gebühren für Telegramme nach Dänemark, Schweden, Norwegen sind bedeutend herabgesetzt und betragen für eine einfache Depesche: nach allen Stationen Dänemarks 1 Zhr. 16 Sgr., nach Malmoe 2 Zhr. 2 Sgr., nach Jylland 2 Zhr. 10 Sgr., nach Galmar, Gottenburg 2 Zhr. 18 Sgr., nach Stockholm 2 Zhr. 26 Sgr., nach Christiania 3 Zhr. 4 Sgr., nach Bergen, Drontheim, Stavanger 3 Zhr. 20 Sgr.

— Amerika, welches die Monitore und die Torpedos erfunden, fährt fort, das Land solcher anmutigen Erfindungen zu sein. Ein Einwohner von Neu-York, Hr. Sieves Gilbert, hat so eben eine neue, eben so schlaue als schreckliche Waffe erfunden, welche der „Cour. der Verein. Staaten“ folgendermaßen beschreibt: Es ist ein Kavalleriesäbel, dessen Griff einen sechsseitigen Revolver enthält, dem die Spitze der Klinge zum Kern dient. Der Reiter kann mit blanker Waffe angehen oder sich vertheidigen, und zugleich Feuer geben, ohne Zeit zu verlieren. Die Form unterscheidet sich nur wenig von der des gewöhnlichen Säbels, ist elegant und bequem, und zu allen Verzierungen geeignet, die daraus eben so gut eine Luxuswaffe als eine gewöhnliche Ordnungswaffe machen können. Das Ganze ist nicht schwerer als ein gewöhnlicher Kavalleriesäbel, und dies einzige Stück würde die vollständige Bewaffnung des Reiters bilden.

— Karlsruhe, 24. Jan. Wir sind inmitten der Nibelungen-Abende, die uns W. Jordan bereitet; bereits zwei derselben waren dem Vortrag seiner Sigfried-Sage gewidmet, während ein anderer, der erste, gleichsam die Vorrede dazu bildete. Schon dieser Abend war darnach angehan, die Aufmerksamkeit auf das nun folgende Epos auf's höchste zu spannen. Der Dichter zeigte, daß er über seinen Stoff die tiefgehendsten Studien gemacht, deren Hauptresultate er, so-

weit es zum Verständniß seiner eigenen Dichtung nöthig schien, in ein Gesamtbild zu vereinigen suchte. Er that dies mit der sichern Hand des Mannes der Wissenschaft, der seinen Gegenstand vollkommen beherrscht, und der auf dem Grund der Einseitigkeit des Prinzips zusammenzufassen weiß, was äußerlich, d. h. nach Zeit und Raum, mitunter in Sternweite auseinander zu liegen scheint. Zugleich bewährte er hier schon den Poeten und Rhapsoden, ersteres durch die herrlichsten Bilder und prächtvollsten Schilderungen, z. B. der Insel Jolan, letzteres durch den Vortrag einzelner Erzeugnisse der urgermanischen Dichtung, z. B. des Hildebrand-Liedes nach eigener Uebersetzung. Sehr interessant war auch seine Theorie des Reims. Wenn man auch mit einzelnen Partien des Vortrags nicht ganz einverstanden sein sollte, z. B. mit seinem Urtheil über die Dichtung der Nibelungen und über den von ihnen eingeführten und gehandhabten Endreim, so kann dies dem Ganzen keinen Eintrag thun; denn seine Ansicht ist eine solche, die sich auf Gründe stützt, die Hr. Jordan jedenfalls wohl erwogen hat und für zureichend hält, und die er überdies bei der Kürze der Zeit nicht vollständig entwickeln konnte. Mit Genugthuung gewahrte man überall eine Sprache, die sich ebenso durch Schwung und Adel des Ausdrucks auszeichnet, wie sie die schäburenerische leere Phrase verschmäht.

Die Sigfried-Sage führte uns sofort in jene grandiose Weltanschauung hinein, welche Religion, Sinn und Phantasie unserer Vorfahren in der germanischen Urzeit gebildet hat zur Lösung der Räthsel des Daseins. Fühnd auf einer unmittelbaren gewaltigen Naturbetrachtung und einwehend die höchsten Probleme der sittlichen Weltordnung, imponirt dieselbe nicht minder durch Großartigkeit ihrer Bildungen, als durch die Fülle ewiger Wahrheit und Weisheit, die in derselben niedergelegt ist und worin sie von keiner Mythologie irgend einer andern Nation übertroffen wird. In ihrer Ursprünglichkeit tritt sie uns so in der Edda entgegen, und der Dichter hat ganz recht daran gethan, wenn er hier anknüpfte und nicht an Dem, was eine spätere Zeit aus dieser Sagenwelt gemacht hat. Diesen Stoff nun wieder zu gewinnen für das heutige Bewußtsein der Nation, den Zusammenhang des Geistes unseres Volkes mit den Ursprüngen seiner Kultur herzustellen, das ist die dankenswerthe Aufgabe, die sich unser Dichter gestellt. Mit Recht glaubt er, daß dies besser und wirksamere geschehe durch den mündlichen Vortrag, als durch buchliche Darstellung (welch letztere ja doch für später nicht ausgeschlossen ist); auch liegt diese Art der Mittheilung im Grund im Wesen des Epos selbst: wie das Schauspiel für die szenische Darstellung, die Lyrik für den Gesang, so ist das Epos zum mündlichen Vortrag bestimmt. Will ja doch schon das Märchen nicht so fast gelesen, als vielmehr durch die Stimme oder die Mutter und Großmutter erzählt sein!

Es ist sofort hervorzuheben, daß die Darstellung der germanisch-mythologischen Gestaltenwelt eine adäquate, d. h. eine ihre volle Integrität bewahrende, weder durch fremde Ab- oder Zuthaten, noch durch Schminke alterirt ist; und wenn der Dichter es versucht hat, seinem Stoff mit Hilfe der modernen Sprachmittel nahezutreten und sich von der sprachlichen Altertümelerei möglichst fern zu halten, so war dies zwar nicht leicht, aber wenigstens im Interesse des rascheren Eindringens in das heutige Volksbewußtsein wünschenswert. Richard Wagner hat sich in seinem „Ring der Nibelungen“ viel mehr an die altgermanische Sprache gehalten, und dies dürfte immerhin der Verbreitung seiner sonst ebenfalls hochbedeutenden Dichtung nicht gerade förderlich sein. Den alten Stabreim haben Beide beibehalten, und es gewährt ein besonderes Interesse, in der Jordan'schen Recitation dessen Wirkung zu beobachten. Wir unsererseits finden, daß die Sprache dadurch ungemein an Kraft und urwüchsiger Rhythmik und selbst an Wohlklang gewinnt, geben aber gern zu, daß das daran noch nicht gewöhnte Ohr sich erst hineinfinden muß, um damit vertraut zu werden und dessen Bedeutung vollkommen zu empfinden.

Die stofflichen Modifikationen der Neudichtung unseres Sängers betreffen bis dahin nur einzelne Seiten der alten Sage, meist zum Behuf einer dem modernen Bewußtsein näher liegenden Motivirung; im Uebrigen erscheint dieselbe in neuem, ansprechendem, oft prächtvollem Gewande. Namentlich ist dem Dichter eine seltene Gabe der poetischen Schilderung des Großen wie des Kleinen und Kleinsteigen. Beide Abende brachten uns einzelne dichterische Bilder und Gemälde von einer Schönheit, die selbst der Darstellung durch den Pinsel des Malers kaum erreichbar wäre.

Was die Wirkung bei dem Auditorium betrifft, so ist dieselbe, so weit wir hörten, eine einstimmige; Jeder fühlte sich ergriffen und selbst fortgerissen von einer poetischen Schöpfung, die bei aller Großartigkeit der vorgeführten Gestalten, bei aller Wucht mächtiger Gedanken doch dem naiv-einfachen Sinn sich verständlich zu machen weiß, und die sich um so mehr in unsere Brust einsetzt, als diese ja aus dem gleichen Stoff gefornet ist, aus welchem diese Welt der Sage einst entsprossen ist.

Allgemein ist man auf die Fortsetzung der Jordan'schen Vorträge gespannt.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. Jan.	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 7.93	+ 1.0	S.W.	ganz bew.	trüb, Schnee
Mittags 2 „	„ 9.67	+ 2.0	„	schw. „	heiter, frisch
Nachts 9 „	„ 9.02	0.0	„	ganz „	trüb, Frost

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 26. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. **Baderen;** Lustspiel in 1 Akt, von G. zu Puttk. Hierauf: **Der Damentag;** Lustspiel in 3 Akten, nach dem Französischen von Laube. „**Rheinhold und Grignon**“ — Hr. Größler zur zweiten Gastrolle.

Freitag 27. Jan. 4. Abonnementskonzert des großherzogl. Hoforchesters im Museumsaal; dem Gesamtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 29. Jan. 1. Quartal. 15. Abonnementsvorstellung. **Doktor Faust's Hausknecht;** Possé mit Gesang in 3 Akten, von Hopp; Musik von Hebenstreit.

### Theater in Baden.

Mittwoch 25. Jan. **Fidelio;** Oper in 2 Akten, von Beethoven.

